

Reichsbankpräsident Dr. Luther über die hier eingeschlagenen Wege volles Einvernehmen erzielt werden. Da nach den Plänen des Kabinetts neue Steuern auf keinen Fall zur Ausübung gelangen sollen, auf der anderen Seite aber die Ausgaben den während der letzten Zeit ständig geringer gewordenen Einnahmen angepaßt werden müssen, wird das Kabinett noch zu

Weiteren Einsparungsmaßnahmen.

abgesehen von der Kürzung der Beamtengehälter, schreiten. So ist geplant, im Haushalt des Jahres 1930 ohne weiteres eine Abstriche in Höhe von etwa 100 bis 150 Millionen RM. vorzunehmen und Ausgaben in Westfall kommen zu lassen, für die im laufenden Haushalt noch die Deckung aufgebracht werden muß. Eine Möglichkeit zur Einsparung sieht man besonders auch in einer Vereinheitlichung des Steuerwesens.

So soll für Einkommen bis zu einer gewissen Höhe — man spricht von einer Grenze von 8000 RM. — lediglich eine einzige Steuer erhoben werden,

also etwa eine Landwirtschaftsteuer oder eine Gewerbetreibende Steuer, während alle übrigen Steuerarten, Einkommenssteuer, Grundsteuer, Vermögenssteuer, Kapitalertragsteuer usw., in Westfall kommen sollen. Allerdings soll diese Vereinheitlung, wie geplant, lediglich bis zu einer Grenze von etwa 8000 RM. gehen. Darüber hinausgehende Einnahmen würden von den gegenwärtig bestehenden Steuerarten erfasst werden. Man hofft so, viel Verwaltungsaufwand, die gegenwärtig noch zu leisten ist, sparen zu können. Wer demnach bis etwa 8000 RM. jährliches Einkommen hat, hätte also das, was er an Einkommen aus seiner Berufshaft und aus Vermögen oder sonstigen Quellen bezieht, in einer einzigen Steuerart zu versteuern. Weiter scheint das Kabinett den Plan festzuhalten,

die Realsteuern zu senken.

Über deren produktionshemmende Wirkung ist so viel geredet und geschrieben worden, daß das Kabinett es als notwendig erachtet hat, auch dieses Hindernis zur Wiederanlaufung der Wirtschaft zu beseitigen. Da sich eine Senkung der Realsteuern aber natürlich für den Reichsstaat nachteilig auswirken muß, indem eben steuerliche Einnahmen in Westfall kommen, will man sich auf diese Weise helfen, daß von den Errannten der Haushaltsteuer rund 400 Millionen RM. in die Reichskassen fließen. Zugleich soll daran gegangen werden, auf dem Wohnungsmarkt wieder den normalen Zustand durch

Allmählichen Abbau der Wohnungswangswirtschaft

herbeizuführen. Durch den Abbau der Swangswirtschaft soll vor allem die privatwirtschaftliche Initiative wieder geweckt werden. Wie es heißt, ist daran gedacht, den Abbau der Swangswirtschaft in einem Zeitraum von etwa fünf Jahren vorzunehmen. Auch die Swangswirtschaftsführung der kleinen Wohnungen soll nach diesem Plan in Westfall kommen, und die Festsetzung der Mietpreise soll wieder wie vor dem Kriege der freien Vereinbarung zwischen Mieter und Vermieter überlassen werden. Endlich das Grund und Bodenrecht der Hauswirte soll nach dem Abbau der Swangswirtschaft noch gewissen Einschränkungen so lange unterliegen, bis das Verhältnis von Wohnungsmangel und Nachfrage sich wieder in natürlichen Bahnen bewegt. Ob, wie vereinzelt gemeldet worden war, auch die Beziehe der Kriegsbeschädigten

eine Kürzung erfahren werden, steht im Augenblick noch dahin. Es heißt, daß die sogenannten Raum-Beziehe eine Kürzung erfahren sollen, die beispielsweise bei den Dienstwohnungen etwa 10 Prozent ausmachen. Wohlgemerkt werden aber die gesetzlich festgelegten Beziehe von dieser Kürzung nicht erfasst werden.

Gewisse Angaben erwachsen der Reichsregierung künftig auch daraus, daß mit dem Ablauf des 1. September die zollfreie Einfuhr von Fleischfleisch vollkommen fortfällt.

Den Minderbemittelten soll nun ab 1. Oktober auf Gutscheine verbilligte Fleischfleisch gegeben werden, von dem das Pfund 25 Pfennig unter dem üblichen Marktpreis liegt.

Die Geldmittel, die hierfür erforderlich sind, sollen die Geheimen vom Reich zur Verfügung gestellt werden.

So sehen kurz umrissen die wesentlichsten Pläne des Reichskabinetts aus. Ammer mehr zeigt sich, daß es dem Reichskabinett außerordentlich schwer fallen dürfte, dafür eine parlamentarische Mehrheit zu finden. Nachdem bereits zwei der bisherigen Regierungsparteien, nämlich Deutsche Volkspartei und Wirtschaftspartei, sich ziemlich schärfe gegen die Sozialdemokratie ausgesprochen haben, ist nunmehr anzunehmen, daß nach dem Bekanntwerden der Regierungspläne harschlich der Arbeitslosenversicherung die Sozialdemokratie auch von sich aus auf eine Unterstützung des Kabinetts Brüning verzichten wird. Der von der Reichsregierung ins Auge gefaßte ganzliche Erfolg von Reichsmitteln für die Arbeitslosenunterstützung läuft den Ausschauungen der Sozialdemokratie direkt entgegen. Sozialdemokratische Führer haben noch anläßlich mit Nachdruck die Auffassung vertreten, daß die Arbeitslosenversicherung auf keinen Fall ohne die nötige Unterstützung des Reichs gelassen werden darf. Es ist nicht anzunehmen, daß die Sozialdemokratie über einen so wesentlichen Punkt ohne weiteres hinwegkommt.

Man rechnet auch in Regierungskreisen damit, daß die Sozialdemokratie nunmehr zu den Oppositionsparteien gegen das Kabinett Brüning zu zählen sein wird.

Auch so die Kombination der Großen Koalition nahezu zunichte geworden, so sind auch die Aussichten auf eine Rechtskoalition oder eine Unterstreichung von rechts her nicht größer geworden. In den letzten Tagen war in Berlin die Version verbreitet, Dr. Brüning würde aus einem Sturm im Parlament die bisher üblichen Konsequenzen ziehen und zurücktreten, und an seine Stelle würde dann der gegenwärtige Reichsfinanzminister Dietrich treten, der versuchen würde, mit Rechts zu regieren. Aber auch diese Kombination hat sehr wenig Wahrscheinlichkeit für sich. Das Röhre werden in dieser Hinsicht die Besprechungen ergeben, die nunmehr am Dienstag mit den Führern der Fraktionen beginnen werden.

Erhöhung des Weizenzolls

Berlin, 28. Sept. Angehörige des ungewöhnlich starken Absinkens der Weizenpreise am Weltmarkt hat die Reichsregierung auf Grund der Ermächtigung im Gesetz zum Schutz der Landwirtschaft vom 15. April 1930 den Zolltarif für Weizen von 15 RM. auf 18,50 RM. je Doppelzentner mit Wirkung vom 28. September erhöht.

Ein französisches Munitionslager in die Luft geflogen

Paris, 28. Sept. Wie aus Luneville gebracht wird, ist ein im Walde von Mondon bei Moncelles-Luneville gelegenes Munitionslager des Heeres in der Nacht zum Sonntag durch eine ungeheure Explosion vollkommen vernichtet worden. Das Lager enthielt 27.000 87-Millimeter-Granaten sowie 800 Munitionslöslen. Wie durch ein Wunder beschrankt sich die Katastrophe auf einen Speicher, während vier andere Munitionsbaracken in der Nachbarschaft unversehrt blieben. Dohre an Toten und Verwundeten werden nicht gemeldet.

Ein Hitler-Artikel in der Hearst-Presse

„Andere mögen Gewalt anwenden - wir denken an keinen Putsch“

Neugart, 28. Sept. Die Sonntagsblätter des Hearst-Konzerns veröffentlichten in sehr großer Aufmachung einen Artikel Hitlers, der mit den Worten beginnt: „Möge die Welt sich nicht täuschen:

Entweder wird Deutschland wieder eine freie Nation, oder es verzweift an der Zukunft und wird in die losenden Arme des Bolschewismus getrieben.

Das ist keine Prophezeiung, keine Drohung, keine Prophezeiung, sondern eine Feststellung von Tatsachen.“ Die Verantwortung hierfür, so heißt es weiter, liege bei den Staaten, die Deutschland in mögliche Friedensbedingungen und untragbare Lasten aufgezwungen hätten. Das Ergebnis der Reichstagswahl sei ein Signal für die nahende Empörung der deutschen Seele. Deutschland befindet sich in einem Siegerzustand, und das Gleiche werde zwangsläufig steigen. Der Versailler Vertrag stelle eine plumppe und ungünstige Operation an einem Balkanten dar, der überholter zusammenfliessen soll und nunmehr die gefährlichen Symptome einer Blutvergiftung zeige. Der Patient könne nur gerettet werden, wenn die Bünden wieder geöffnet und die eigentlichen Krankheitsursachen beseitigt würden.

Das Volk habe den Glauben an Versprechungen und das Vertrauen an den alten politischen Führern der Parteien verloren.

Die Nationalsozialisten forderten die Revision des Versailler Vertrages und des Youngplanes, die Rückgabe des polnischen Korridors und die Befreiung der Kriegsschuldfrage. Wenn Deutschland leiden müsse, dann sei es schon besser, daß es zum deutschen Volke ist unbegrenzt, seine Freiheit mein Ziel.“

Leiden auf sich nehme, indem es „Nein“ sage. Die Quellen unter dem „Ja“ erredeten sich auf Generationen. Das Dulden unter einem „Nein“ würde sicherlich kürzer sein.

Hitler stand weiter an, daß die Nationalsozialisten in den nächsten Monaten 70.000 Versammlungen durchführen würden, da sie über keine ausreichenden Pressenorgane verfügen.

Die Republikaner versuchten jetzt, das steigende Gefühl der Volksempörung zu unterdrücken, aber der Schlag, den sie bei den Wahlen erlitten hätten, sei nichts gegen den Schlag, den sie noch erleiden würden. Hitler gibt der Überzeugung Ausdruck, daß

spätestens in einem halben Jahre Neuwahlen stattfinden würden.

Er erwartet dann einen weiteren umgehenden Stimmenzuwachs der Nationalsozialisten, so daß sie nicht gewalttame Maßnahmen zu ergreifen brauchen, um die Kontrolle über die Regierung zu erlangen. „Andere mögen Gewalt anwenden, um uns an der Regierung übernahme zu verhindern. Wir denken an keinen Putsch.“ Die Wahl hat uns den Weg zur Macht gewiesen.“ Hitler wandte sich dann weiter gegen den Vorwurf, Arbeit und Freiheit seien des Bevölkerung zu tun, da er den Wert der Einzelpersönlichkeit anerkenne. Abschließend weiß Hitler darauf hin, daß Europa sich jetzt in der schwersten Krise seiner Geschichte befindet. Der Artikel schließt mit den Worten: „Aber kommt Deutschland nicht zugrunde, richten oder bolschewistisch und gleichzeitig glauben, daß das übrige Europa unversehrt bleibt. Meine Vertrauen

Die Heimwehren für Gaugoin

Bor der Parlamentsauflösung

Wien, 28. September. Auf der Führertagung der österreichischen Heimwehren am Sonnabend wurde folgende Kundgebung einstimmig beschlossen:

„Die Heimwehr betrügt die Beträufung des Vizekanzlers Gaugoin mit der Regierungsbildung, weil sie von seiner Person auf Grund seiner bisherigen antimarxistischen Tätigkeit einen verschärfsten Kampf gegen den völker- und wirtschaftszerstörenden Marxismus erwartet. Um diesen Kampf auch weiterhin kraftvoll zu führen, verlangt die Heimwehr von dem antimarxistischen Parlament unter Hintansetzung aller Persönlichkeit und parteipolitischer Interessen die Aufrechterhaltung der antimarxistischen Front, und sie will daher eine gemeinschaftliche Mehrheitsregierung. Sollte wider Erwarten diese antimarxistische Front gelungen werden und sollten dadurch vorzeitige Neuwahlen notwendig werden, so behält sich die Heimwehr vollkommen Handlungsfreiheit vor.“

Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß die Heimwehr das Inneministerium und das Außenministerium im zukünftigen Kabinett Gaugoin für eines ihrer Mitglieder vorgesehen habe. Für das Inneministerium soll der Tiroler Landesführer Dr. Steidle in Betracht kommen.

Die „Reichsport“ deutet in einer Betrachtung über die gegenwärtige innerpolitische Lage die Möglichkeit an, daß die neue Regierung, welche diese Woche ernannt werden soll, sich

dem heutigen Nationalrat gar nicht vorstellen wird, sondern daß das Parlament bald nach der Ernenntung der Regierung aufgelöst werden würde.

Von einer dem gewesenen Bundeskanzler Dr. Schöber nahestehenden und über seine Absichten unterrichteten Seite bringt das „Neue Wiener Tageblatt“ die Mitteilung, daß sich Dr. Schöber zunächst auf einen kurzen Erholungsurlaub begeben und dann wieder sein Amt als Vizepräsident übernehmen werde. Er werde weder ein Mandat für einen Vertretungskörper übernehmen, noch sonst irgendwelche politische Tätigkeit entfalten.

Große republikanische Kundgebung in Madrid

Madrid, 28. Sept. Auf der Madrider Stierlamparena fand am Sonntag eine große Kundgebung sämtlicher republikanischer Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokraten statt. An der Kundgebung nahmen etwa 20.000 Personen teil. Der Redner der verschiedenen republikanischen Parteien forderten die Abdankung des Königs und die Errichtung der Republik, wobei sie mit einer Revolution drohten und das Militär aufforderten, sich zur Republik zu erkennen. Die Kundgebung verlief in vollster Ruhe. Die Veranstaltung bedeutet den endgültigen Zusammenschluß der Republikaner ganz Spaniens. Von den Behörden waren umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden. Außerhalb der Stierlamparena waren Maschinengewehre in Stellung gebracht worden.

Der Lebensgang des verstorbenen Prinzen Leopold von Bayern

Der am Sonntag verstorbene Prinz Leopold von Bayern wurde am 9. Februar 1848 als zweiter Sohn des nachmaligen Regenten Luitpold und seiner Gemahlin Augusta geboren. Als junger Artilleriestudent nahm er am Feldzug von 1866 teil. Im Kriege von 1870/71 zeichnete er sich als Batterieführer bei Sedan und bei Bapaume aus, wo er durch einen Prellschuß in die Hüfte verwundet wurde. Beim Kriegsende wurde er zum Oberleutnant im I. Kürassierregiment ernannt. Von 1887 bis 1892 war er Kommandierender General des 1. Bayerischen Armeekorps in München und von 1892 bis 1918 Generalinspektor der 4. Armeeinspektion, die die drei bayerischen und zwei preußischen Armeekorps umfaßte. 1915 wurde er Generalfeldmarschall. Im Juni des selben Jahres wurde er zur Führung einer Armee gegen Russland berufen, mit der er Warschau eroberte. Nachdem der weitere Krieg im September zum Siegen gekommen war, wurde er Oberbefehlshaber einer Heeresgruppe und später an Stelle Hindenburgs Oberbefehlshaber im Osten. Mit Hindenburg stellte er sich nach dem Zusammenbruch der neuen Reichsregierung zur Verfügung, um das Chaos vermeiden zu helfen. Seit dem Umsturz lebte der Prinz, der seit 1878 mit der verstorbenen Tochter des Kaisers Franz Joseph, Sophie, verheiratet war, in München. Der Sohn entsprossen vier Kinder: Prinz Georg, der als Oberst am Weltkrieg teilnahm und später zum Priester geweiht wurde. Prinz Konrad, Prinzessin Elisabeth, verheiratete Gräfin von Seestadt auf Buddenheim, und Prinzessin Auguste, die mit Erzherzog Joseph verheiratet ist.

Eine Rede Tardieu

Paris, 28. Sept. Anlässlich der Landwirtschaftlichen Woche in Alençon hielt Ministerpräsident Tardieu am Sonntag seine angekündigte Programmsrede. Es sei seinem Kabinett, die herrschende Arztkrise zu überwinden. Die wichtigste Voraussetzung für das wirtschaftliche Wohlergehen Frankreichs sei der äußere und innere Frieden. Die französische Außenpolitik stelle ein wohlüberlegtes und dauernd kontrolliertes System dar. Die französische Nation arbeite daran, den Frieden in der ganzen Welt, besonders aber in Europa, politisch und wirtschaftlich zu organisieren. Die Grundlage dafür sei die Formel: „Sicherheit, Schiedsgerichtsbarkeit und Abrüstung.“ Frankreich widerstehe sich einer Annexion der Niederlande in dieser Formel. Es erwarte weitere Garantien und Sanktionen und treffe die Maßnahmen, die seine Sicherheit erfordere und die durchzuführen es als souveränen Staat das Recht habe. Wenn die anderen nicht akzeptieren, so habe Frankreich aus dieser Sicht Auge gehabt. Es bleibe fest, ruhig und wachsam. Frankreich sei der treue Verfechter der Verträge, die die Grundlagen des Friedens bildeten.

Fünf Jahre Buchthaus für Terroia

Brüssel, 28. September. Nochmals in dem Prozeß gegen Terroia wegen des Attentats auf den italienischen Kronprinzen die Beweisaufnahme geschlossen worden war, wurde am Sonnabend das Urteil verkündet. Terroia wurde zu fünf Jahren Buchthaus verurteilt.

Rein Termin für die „Abrüstungskonferenz“ festgesetzt

Wieder erfolgloser deutscher Einspruch

Genf, 28. September. Der Abrüstungsausschuß hat den der Völkerbundversammlung vorzulegenden Bericht über die Abrüstungsfrage genehmigt. In diesem Bericht ist die am Freitag angemommene Entscheidung enthalten. Außerdem wird der Inhalt der von Deutschland vorgeschlagenen Entscheidung in ihren wesentlichen Punkten wiederholt und entsprechend dem Beschluss des Ausschusses der Union ausgesprochen, daß die allgemeine Abrüstungskonferenz im Laufe des Jahres 1931 einberufen werden soll. Das deutsche Verlangen auf beschleunigte Einberufung und Ansetzung eines bestimmten festen Termins ist danach abermals nicht berücksichtigt worden.

Trotzdem stimmt der deutsche Vertreter dem Bericht an, kündigte aber an, daß die deutsche Delegation sich bei der Abstimmung in der Völkerbundversammlung hinsichtlich der Entscheidung der Stimme enthalten werde, da in ihr kein festes Datum für den Zusammentritt der Abrüstungskonferenz angegeben werde.

Die Abgliederung des Leipziger Eisenbahnbezirks

Der Bezirkssbetriebsrat bei der Reichsbahndirektion Dresden hat in seiner Vollstreckung vom 25. September zu der von der Reichsbahnhauptverwaltung Berlin beschlossenen Abgliederung der Leipziger Eisenbahndienststellen und ihrer Unterstellung unter den Reichsbahndirektionsbezirk Halle Stellung genommen. Es wurde eine Entschließung des Inhalts gefaßt, daß neben der durch die geplanten Maßnahmen zu erwartenden schweren Schädigung der Verkehrsinteressen der gesamten sächsischen Bevölkerung und Wirtschaft auch personalwirtschaftliche Interessen gegen die willkürliche Verteilung eines großen Teiles des Gebietes von der Reichsbahndirektion Dresden sprechen.

Der Einwand, daß durch die Zuweisung der gesamten Leipziger Dienststellen nach Dresden der Bereich der Reichsbahndirektion Dresden zu groß wird, ist absolut nicht stichhaltig.

Zumal die Reichsbahnhauptverwaltung immer betont hat, große Reichsbahndirektionsbezirke anzustreben und in der letzten Verwaltungskonstituierung die Auflösung der AWD Magdeburg beschlossen worden ist. Der Bezirkssbetriebsrat wird beauftragt, bei allen dafür in Frage kommenden Stellen, besonders der sächsischen Regierung, gegen die geplanten Maßnahmen zu protestieren und Schritte einzuleiten, daß die Leipziger Dienststellen sämtlich der Reichsbahndirektion Dresden unterstellt werden. Nach Meldungen aus Chemnitz sind auch im Vogtland die Abtrennungen von der Reichsbahndirektion Dresden geplant. So sollen die Strecken Gera-Greiz und Weida-Mehltheuer der Reichsbahndirektion Erfurt angegliedert werden. Da die Linie Weida-Mehltheuer jetzt doppelseitig ausgebaut wird, so besteht die Gefahr, daß später Schnellzüge unter Umgehung von Plauen von Leipzig über Zeitz-Gera-Weida-Mehltheuer nach Hof und dem übrigen Süddeutschland geleitet werden.